



Niederschrift

48. Plenarsitzung Gemeinderat
20. März 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

9.

Punkt 9 der Tagesordnung: Gesamtkonzept Smart Production Park: Accelerator, Wachstums- und Festigungszentrum in der Hightech-Production und „House of Transformation“ mit Netzwerk Smart Production 4.0

Vorlage: 2018/0072

dazu:

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2018/0153

Beschluss:

1. Der Gemeinderat befürwortet das Gesamtkonzept Smart Production Park.
2. Der Gemeinderat beschließt die Variante 1 des Konzeptes wie folgt:
 - a) Die Stadt Karlsruhe stellt dem CyberForum e. V. einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 981.094 Euro zzgl. 19 % USt. zur Co-Finanzierung eines Accelerators als Teil des Gesamtkonzepts Smart Production Park, entsprechend dem EFRE-Programm Baden-Württemberg 2014-2020 "Innovation und Energiewende" zum Thema "Start-up-Accelerator, aufgerufen am 14.10.2017 vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden Württemberg, zur Verfügung. Dieser Zuschuss muss in den DHH 19/20 aufgenommen werden.
 - b) Die Stadt Karlsruhe stellt dem CyberForum e. V. einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 1.243.986 Euro zzgl. 19 % USt. für den Bau eines Wachstums- und Festigungszentrums als weiteren Teil des Gesamtkonzepts Smart Production Park zur Verfügung. Dieser Zuschuss muss in den DHH 19/20 aufgenommen werden.
 - c) Die Stadt Karlsruhe stellt dem CyberForum e. V. Mittel für den Betrieb des Accelerators und des Wachstums- und Festigungszentrums in Höhe von 188.270 Euro zzgl. 19 % USt. für 2020 und 210.963 Euro zzgl. 19 % USt. für 2021 ff (nach Aufwand) und Mietkosten sowie Kosten für die Bauabwicklung für 2019 in Höhe von 259.858 Euro zzgl. 19 % USt. zur Verfügung. Diese Mittel müssen in den DHH 19/20 ff aufgenommen werden.

3. Sollte Variante 1 nicht zu realisieren sein, so beschließt der Gemeinderat vorsorglich die Variante 2 des Konzeptes wie folgt:
- a) Die Stadt Karlsruhe stellt dem CyberForum e. V. einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 971.757 Euro zzgl. 19 % USt. zur Co-Finanzierung eines Accelerators als Teil des Gesamtkonzepts Smart Production Park, entsprechend dem EFRE-Programm Baden-Württemberg 2014-2020 "Innovation und Energiewende" zum Thema "Start-up-Accelerator, aufgerufen am 14.10.2017 vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden Württemberg, zur Verfügung. Dieser Zuschuss muss in den DHH 19/20 aufgenommen werden.
 - b) Die Stadt Karlsruhe stellt dem CyberForum e. V. einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 1.167.537 Euro zzgl. 19 % USt. für den Bau eines Wachstums- und Festigungszentrums als weiteren Teil des Gesamtkonzepts Smart Production Park zur Verfügung. Dieser Zuschuss muss in den DHH 19/20 aufgenommen werden.
 - c) Die Stadt Karlsruhe stellt dem CyberForum e. V. Mittel für den Betrieb des Accelerators und des Wachstums- und Festigungszentrums in Höhe von 208.687 Euro zzgl. 19 % USt. für 2020 und 220.009 Euro zzgl. 19 % USt. für 2021ff (nach Aufwand) und Mietkosten sowie Kosten für die Bauabwicklung für 2019 in Höhe von 259.858 Euro zzgl. 19 % USt. zur Verfügung. Diese Mittel müssen in den DHH 19/20ff aufgenommen werden.
4. Die Stadt Karlsruhe stellt dem CyberForum e. V. für den Betrieb des Accelerators und des Wachstums- und Festigungszentrums für 15 Jahre ab 2020 Mittel zur Verfügung. Diese können je nach Betriebsergebnis in der Höhe variieren. Die Mittel müssen in die jeweilige Haushalte aufgenommen werden.
5. Die Stadt Karlsruhe stellt dem CyberForum e. V. ggf. Mittel zur Vorfinanzierung der zugesagten, aber noch nicht ausgezahlten EFRE-Fördergelder für den Bau des Accelerators zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 42 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Änderungsantrag: Bei 15 Ja-Stimmen und 29 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 9 zur Behandlung auf, verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und im Hauptausschuss sowie die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag.

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Es geht heute bei diesem Tagesordnungspunkt um einen Grundsatzbeschluss für ein neues städtisches Gründerzentrum für den Bereich der intelligenten Produktion. Mit dem Gesamtkonzept Smart Production Park möchte die Stadt die Gründungen an der Schnittstelle Hightech, Produktion und Digitalisierung im Wachstumsfeld der intelligenten und vernetzten Produktion aktiv begleiten und die Verzahnung von IT und Produktion vorantreiben. Die heutige Entscheidungsvorlage, die sehr umfassend ist und ausführlich vorbereitet wurde, ist Ergebnis der konzeptionellen Überle-

gungen innerhalb der Stadtverwaltung. Das Ganze wurde reflektiert mit den Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft, die diese Konzeption unterstützen. Mit dem neuen Gründerzentrum würde Karlsruhe ein weiteres bedeutendes Gründerzentrum etablieren. Wir würden einen weiteren Leuchtturm in der Technologieregion sowohl überregional als auch international damit schaffen.

Die Wirtschaftsförderung hat das Gesamtkonzept in drei Bausteine aufgeteilt. Das war auch eine Erkenntnis aus den verschiedenen Roadshows mit den entsprechenden Akteuren, den sogenannten Accelerator, das ist die Gründungsphase von 0 bis 2 Jahre, dann das Wachstums- und Festigungszentrum, was Sie schon aus dem Bereich des Kreativparks kennen, das 3. bis 5. Gründungsjahr. Und dann obendrüber eine Schnittstelle zu etablierten Unternehmen der produzierenden Wirtschaft, ein sogenanntes – Arbeitstitel – „House of Transformation“ mit Netzwerk Smart Production 4.0. Wir machen uns mit dem Konzept, wenn Sie dem zustimmen, auf den Weg, die Karlsruher Kompetenzen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Hochschulen zu nutzen, um im Bereich Hightech-Produktion zukunftsfähige Geschäftsmodelle zu fördern und Unternehmen in Karlsruhe aufzubauen.

Warum machen wir das? Wir haben eine besondere Stärke im Bereich der IT-Startups. Das zeigt sich auch in der Entwicklung unserer Gewerbesteuer im IT-Bereich, mittlerweile im Vergleich zu 2007 12 % Anteil der Gewerbesteuer aus dem IT-Bereich. In 2016 haben wir 46 % Anteil der Gewerbesteuer in diesem Bereich erreicht. Wir sind der Auffassung, dass eine Investition in ein weiteres Wachstumszentrum weitere Arbeitsplätze, Firmen, Gewerbesteuer und damit auch Zuflüsse über Finanzausgleich in die städtischen Kassen spülen wird, um unsere Stadt in diesem Bereich weiterhin als Leuchtturm, als Motor der Digitalisierung, was wir uns auf die Fahne geschrieben haben, im Rahmen unseres Projektes Karlsruhe digital auf den Weg zu bringen.

Hinsichtlich der Struktur möchte ich gar nicht viel sagen. Das ist in der Vorlage ausführlich enthalten. Wir haben uns nach vielen Abwägungen bewusst für das Areal der Höpfner-Brauerei entschieden aufgrund der Ostachse und dem Schwerpunkt des IT-Umfelds, aufgrund der Möglichkeiten für die Startups in einem unmittelbaren Dialog mit schon weiterführenden Startups zu sein. Wir haben uns bewusst auch dafür entschieden, dass wir sagen, wir wollen nicht im städtischen Portfolio eigenes Personal aufbauen, sondern wir wollen im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags mit Cyberforum das Cyberforum beauftragen, sowohl den Umbau als auch den Betrieb für uns zu managen; natürlich nach unseren Vorgaben, natürlich nach unseren entsprechenden Empfehlungen. Das ist in der Vorlage entsprechend dargestellt.

Im Rahmen des Änderungsantrags der GRÜNEN kam noch einmal die Frage auf, wir investieren jetzt Geld als Stadt über das Cyberform in eine Fremdimmoblie. Was ist dann nach 20 Jahren? Wir haben es Ihnen in der Antwort geschrieben. Abschreibungstechnisch ist dieser Invest abgeschrieben nach 20 Jahren. Normalerweise ist es so, wenn Sie heute verhandeln und Sie bauen in fremdes Eigentum ein, dann sind Sie verpflichtet, den Umbau wieder rückgängig zu machen. Das ist etwas, wo wir im Rahmen der Vertragsverhandlungen zu einem anderen Ergebnis gekommen sind. Deswegen haben wir Ihnen empfohlen, den Antrag der GRÜNEN abzulehnen. Wir sind der Auffassung, das ist ein gutes Ergebnis im Rahmen des Verhandlungspakets. Das wären die Eckpunkte, mit denen wir starten können.

Das Ganze wird noch begleitet mit möglichen Landeszuschüssen, sowohl aus dem EFRE-Programm als auch später für die Personalstellen aus dem ESV-Programm. Auch dort haben wir Sie darauf hingewiesen, wir haben sehr positive Signale aus Stuttgart für diese Projekte. Aber natürlich ist die Förderung Voraussetzung, dass wir dieses Projekt entsprechend umsetzen. Dafür würden Sie auch nur heute Ihre Zustimmung erteilen.

Der Vorsitzende: Eines haben Sie mir schon vorweg genommen. Ich hatte vergessen, den Antrag der GRÜNEN mitaufzurufen. Das Zweite ist, Herr Stadtrat Hermanns hat sich für befangen erklärt. Das sollten wir noch für das Protokoll festhalten.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Der Wirtschaftsstandort blüht. Das sind sicherlich die Verdienste, weil wir immer wieder über Jahrzehnte hin in Gründerzentren investiert haben. Ich nenne dabei zuerst einmal den Handwerkerhof im Rheinhafen. Das war eine Erfolgsstory bis zum heutigen Tage. Es geht weiter über Rintheim, den Technologiepark usw. All das sind Faktoren, die dazu beitragen, dass der Standort Karlsruhe weit über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus bekannt ist. Karlsruhe ist weltweit in diesen Dingen führend. Nicht umsonst haben wir eine Zunahme der Übernachtungen von Geschäftsreisenden. Alles ein Verdienst dafür, dass wir damals eine gute Entscheidung getroffen haben. Letztendlich ist es so: Wie die Saat, so die Ernte. Das sind genau diese Früchte, die wir brauchen, um die Wirtschaftskraft Karlsruhe nach vorne zu bringen, dass wir weiterhin einen blühenden Standort haben, was die Wirtschaftskraft in dieser Stadt angeht.

Den Standort begrüßen wir. Ich glaube, es ist eine Achse – Sie hatten es eben angesprochen, Frau Wirtschaftsbürgermeisterin -, die verbindet, eine Achse, die gut zu erschließen ist, eine Achse von guter Infrastruktur, und letztendlich entwickelt sich dort ein Zentrum mit dem Technologiepark zusammen mit der Technologiefabrik, das bundesweit wieder seinesgleichen suchen wird.

Ich darf aber eines noch bemerken: Es ist und bleibt ein Kind der städtischen Wirtschaftsförderung. Es ist die Aufgabe der Stadt Karlsruhe, dort einzugreifen, wo es notwendig ist, dort Maßnahmen zu ergreifen, wenn sie erforderlich sind. Wir meinen, die Stadt Karlsruhe ist und bleibt der Motor dieses neuen Gründerzentrums. Deshalb ist es durchaus zu begrüßen und den Dank des Rathauses an unsere Wirtschaftsförderung zu geben.

Ich habe vielleicht noch etwas zu dem Namen hinzuzufügen: Smart Production Park. Ich hoffe, dass er in der Bevölkerung ankommt, dass die Menschen draußen auf der Straße verstehen werden, um was es geht. Da war damals der Begriff Handwerkerhof als Beispiel etwas Handfestes. Ein Handwerker weiß, um was es geht. Das hat auch die Bevölkerung verstanden. Ich bin guter Dinge, dass die Wirtschaftsförderung Maßnahmen ergreifen wird, dass die Menschen draußen verstehen, was für ein neues Zentrum wir in Karlsruhe erschaffen werden.

Lassen Sie mich noch einen Satz zum Antrag der GRÜNEN sagen. Bei allen Bedenken, die Sie haben, weshalb Sie diesen Antrag auch gestellt haben, haben wir einen Vermieter, der seriös ist. Wir haben von der Stadt Karlsruhe einen 15-plus-5-Vertrag. Auch das zeigt, dass wir 20 Jahre dort investieren wollen, dass wir 20 Jahre drin bleiben müssen. Das Entscheidende ist, dass am Ende des Tages, wenn der Vertrag aufgehoben werden soll, der Rückbau erfolgen muss und zudem nach 20 Jahren ein Gebäude bzw. dessen Einrichtung abgewirtschaftet ist. Deshalb ist dieser Antrag in Gänze abzulehnen.

Stadtrat Marvi (SPD): Nachdem sich bei der letzten lebhaften Debatte im Gemeinderat einige Kolleginnen und Kollegen - bei Herrn Ehlgötz klang es an – mit der Antragsbegründung der SPD rund um einen Smart Production Park mit unseren neomodernen Begriffen und Anglizismen etwas schwer getan haben, haben wir heute eine Vorlage, die uns nicht vor modernen Begriffen bewahrt, aber eine Vorlage ist, die in sehr präziser Weise beschreibt, wie wir mit diesem Smart Production Park den nächsten Schritt in der Innovationsentwicklung der Stadt Karlsruhe gehen können. Viele Debatten in diesem Gemeinderat waren in den vergangenen Monaten geprägt von knappen Mitteln, knappen Ressourcen, knappen Flächen und einem effizienten Umgang mit Finanzmitteln. Natürlich kommen wir auch bei dieser Entscheidung heute nicht um diese Fragestellung herum.

Für die Etablierung dieses neuen Wachstums- und Festigungszentrums stellen sich natürlich Fragen nach dem Standort und nach einer seriösen Investitionsbewertung. Wir sehen beides als gegeben an. Die räumliche Nähe zu relevanten Investitionen für die Hightech-Forschung und IT-Gründung macht absolut Sinn. Die Standortentscheidung für das Hoepfner-Areal ist hinreichend überzeugend dargelegt worden in der Vorlage. Wir sehen es auch als ein sehr gutes Zeichen an, dass das Land sich voll und ganz hinter diese Förderung, hinter diesen Weg für Karlsruhe stellt. Von daher sind wir sehr optimistisch, können es uns auch gar nicht anders vorstellen, als dass wir in den Genuss der Fördermittel kommen.

Die Stadt Karlsruhe ist heute in einer guten finanziellen und wirtschaftlichen Verfassung. Herr Oberbürgermeister, Sie haben angesprochen, die Aspiration im Bereich des ÖPNV ist eine Poleposition. Selbstverständlich gilt das auch für die ITK. Da sind wir eine der Top vier Regionen in Europa. Sie haben es gesagt. Fast jeder zweite Euro an Gewerbesteuer kommt aus dem Bereich IT in Karlsruhe. Andere Städte und Speckgürtel in Baden- Württemberg würden liebend gern mit uns tauschen, wenn man sich diese Dynamik anschaut. Wir dürfen jetzt nur nicht den Fehler machen, uns auf dieser guten Ausgangsposition auszuruhen. Andere Regionen schlafen nicht, wenn man hört, wie Mannheim oder Ulm etwa im Bereich Smarter City tönen, mit welchem Selbstbewusstsein. Es entscheidet sich in unserem eigenen Tempo, ob wir diese zukunftsfähigen Arbeitsplätze hier bei uns halten können, ob wir neue Quellen auch für Gewerbesteuereinnahmen erschließen können und ob wir in Zukunft noch Lenker und Taktgeber und Motor der TechnologieRegion sein werden.

Die historischen industriellen Kerne unserer Stadt, die wir alle kennen – Singer, Pfaff, Badische Motorenwerke, IWKA -, wir werden diese historische Tradition nicht mehr in dieser alten Form zum Leben erwecken können. Aber in einer neuen Form können wir die Technik- und Maschinenbautradition unserer Stadt revitalisieren, neu erfinden. Ein Beispiel ist der Standort für moderne Produktionsabläufe. Wenn man sich die alte Technologiefabrik oder die heutige anschaut, haben wir sozusagen eine Technologiefabrik 4.0 mit atmenden Räumen, in denen sich Gründer und Wachstumsunternehmen ansiedeln können. Lassen Sie uns die heutige einmalige Chance nutzen, ein weiteres bedeutendes Gründerzentrum für Karlsruhe zu kreieren. Lassen Sie uns bei aller Notwendigkeit, stetig als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte mit kritischem Auge auf Ressourcen und Investitionsmittel zu schauen, nicht zu Kleinkrämern werden und in allem und jedem ein unbeherrschbares potentiell Risiko zu sehen. Aus unserer Sicht wird jeder in den Smart Production Park investierte Euro anschließend ein Vielfaches an Rückertrag erwirtschaften können. Uns fällt es heute leicht, dieser Vorlage zuzustimmen.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Gründungen sind vielfach der Punkt, wo Innovation entsteht. Gerade der Bereich IT ist eine Kernkompetenz der Stadt Karlsruhe. Gerade hier möchten auch wir GRÜNE Gründungen fördern. Wir freuen uns sehr, dass der Smart Production Park auf dem Weg ist. Wir freuen uns sehr, dass sich das Cyberforum mit seiner Erfahrung einbringt. Wir freuen uns auch sehr, dass es einen Standort gibt, der ein Eco-System bietet. Gleichzeitig stellen wir auch fest, wir müssen immer wieder schauen, woher bekommen wir unsere Gewerbesteuer. Wir haben keine riesigen Firmen, auf die wir uns verlassen können, dass sie ewig zahlen werden. Wir haben aber auch nicht das Risiko, dass wir, wenn eine unserer großen Firmen eine Flaute hat, plötzlich mit leeren Kassen da stehen, wie das in anderen Städten der Fall ist.

Genau das wollen wir aufrechterhalten, indem wir Gründungen fördern, die zunächst klein sind und die auch eine gewisse Stabilität bieten und auch Gewerbesteuereinnahmen für die Zukunft generieren, wenn solche Gründungen später einmal wachsen. Das führt zu einer Zukunftsfähigkeit im städtischen Haushalt, die wir GRÜNE auch wollen. Gleichzeitig haben wir aber auch an der Stelle kein Geld zu verschenken. Wir fragen uns immer, wie holen wir das Meiste heraus.

Unsere Kritik gilt keineswegs den Inhalten des Projekts, dem Konzept, dem Cyberforum oder Hoepfner. Aber wir möchten darauf hinweisen, dass die Stadt hier ein Gebiet in Privathand fördert. Als einen großen Grund für die Förderung an diesem Standort wird der Standortfaktor genannt. Das ist das zweite Mal. Beim ersten Mal war der Standort noch gar nicht so stark ein IT-Standort, wie es jetzt der Fall ist. Es war kein Gründerstandort, kein kreatives Eco-System, wie das jetzt der Fall ist. Dass das jetzt so ist, kommt daher, dass die Stadt schon einmal in Privathand investiert und ein Gebiet auch aufgewertet hat. Natürlich unterliegt alles einer Abschreibung. Aber Tatsache ist, auch wenn wir abschreiben, wollen wir zwischenzeitlich wieder investieren, damit das Ganze auch weiterhin attraktiv bleibt. Wir wollen nicht, dass uns das Gebäude irgendwann auseinanderfällt, und die Attraktivität für Gründerinnen und Gründer nicht erhalten ist. Deshalb gehe ich davon aus, dass das auch ein attraktives Gebäude sein wird, wenn nach 20 Jahren die Anfangsinvestitionen abgeschrieben sind.

An dieser Stelle möchte ich sagen, wir zahlen auch ganz regulär Miete, wie das jeder andere tut. Bauliche Investitionen sind zurückzuführen vom Mieter, es sei denn, der Vertrag sieht etwas anderes vor. Wir haben also volle Freiheit, mit Hoepfner zu vereinbaren, was wir wollen und was er will. So ist das, wenn man Verträge abschließt. Es gibt unseres Wissens keine rechtliche Grundlage, die einem verbietet in einem Vertrag, die Investitionen hinterher zu verkaufen. Die Investitionen, die wir dort tätigen, sind auch für die wirtschaftliche Nutzbarkeit des Gebäudes sicherlich von Vorteil. Weiterhin wird das ganze Gelände weiter aufgewertet. Hoepfner hat großes Interesse daran, dass das Ganze dort stattfindet. Ich glaube, selbst wenn er die baulichen Investitionen, um die es uns als einziges geht, von der Stadt wieder abkaufen muss, sollten weder er noch sonst jemand etwas dagegen haben, dass wir das Gelände insgesamt aufwerten und einfach nur bei den Sachwerten, die wir hineinbringen, gerne etwas mehr Gegenwert möchten.

Stadtrat Lancier (KULT): In diesem vorliegenden Antrag bzw. in unserem vorliegenden Vorschlag haben wir ein bewährtes Muster für eine vielversprechende Entwicklung als Hintergrund. Die Begründung und die Beschreibung der Idee für dieses Gründerzentrum wurde bereits vielfältig genannt und beschrieben. Die KULT-Fraktion gibt ihre Zustimmung,

dieses Konzept nun auch mit dem Voranbringen von Produktion 4.0 zu verknüpfen. Die Kosten und Risiken für die Stadt Karlsruhe stehen nach unserer eigenen Einschätzung, aber auch nach dem Vortrag der zuständigen Ämter und der zuständigen Ressortleiterin in einem sinnvollen Verhältnis zu dem erhoffenden Erfolg.

Natürliche sehen wir von KULT die Investition an einem Ort privaten Unternehmertums kritisch. Wir gönnen den Unternehmern den Gewinn aus kluger Investition und sehen natürlich zugleich das Risiko, dass Private sich durch Förderung durch öffentliche Hand bereichern. Angesichts der Laufzeit der Mittelreduzierung über zu erhoffende Fördermittel und der bisherigen Erfahrung mit dem betreffenden Unternehmer, halten wir das aber hier durchaus für noch im Rahmen zu verantworten. Daher stimmt die KULT-Fraktion der Vorlage zu.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir Liberalen sind sehr positiv diesem Projekt gegenüber. Aber ich möchte trotzdem mit einer kritischen Bemerkung anfangen.

Auf S. 2 unseres Ziels des Gesamtkonzepts wird Schnittstelle Hightech Production und Digitalisierung genannt. Da steht: Karlsruhe hat so die Möglichkeit, einen aktiven Beitrag als Motor der Digitalisierung zu leisten. Deutschland und besonders wir in Karlsruhe loben uns immer als IT-Land und IT-Hauptstadt. Es ist richtig, dass Karlsruhe mehr als 40 % unserer Steuern von der IT-Wirtschaft bekommt. Es ist auch richtig, dass wir punktuell in Karlsruhe sehr hochwertige Digitalisierungswirtschaft haben. Es ist sogar historisch korrekt und ein bisschen lustig, dass die erste E-Mail nach Karlsruhe kam. Aber wenn wir über Karlsruhe und Digitalisierung sprechen und uns loben, ist es sehr oft Selbstlob. Das ist besser als gar kein Lob. Aber wir lügen uns in die Tasche, wenn wir denken, dass sich Karlsruhe oder Deutschland an der Digitalisierungsspitze befindet.

Letzte Woche hatten wir in Karlsruhe Besuch vom Botschafter aus Estland, Dr. Mart Laanemäe, gehabt. OB Dr. Mentrup hat mit Recht Estland für die Digitalisierung gelobt. In dieser Liga spielen wir Deutsche überhaupt nicht. In der gestrigen BNN war ein Interview mit dem Geschäftsführenden Schulleiter für alle beruflichen Schulen in Trägerschaft der Stadt Karlsruhe, Herrn Stefan Pauli. BNN fragte: Wo sind für Sie noch Knackpunkte? Herr Pauli antwortete: Was wir dringend brauchen, ist ein schneller Internetzugang. – Zitat Ende. Leider ist die Situation in Deutschland generell so. 42 % aller deutschen Unternehmen mit Zugang zum Internet und mindestens 10 Beschäftigten verfügen über einen schnellen Internetanschluss. Deutschland lag damit, wie in den Vorjahren, im europäischen Mittelfeld und knapp über dem Durchschnitt aller 28 Mitgliedsstaaten, nämlich 40 %. Klar sind wir besser als Italien, Griechenland und Zypern mit 25 %. Aber wir sind überhaupt nicht in der Nähe der Spitzenreiter wie Schweden, Niederlande mit 64 % oder die Nummer eins mit 73 %, wo ich aber zu bescheiden bin, das Land beim Namen zu nennen.

Wir sind weit weg vom Motor der Digitalisierung. Aber ab jetzt werde ich immer positiv denken. Es ist ein wunderbares Projekt. Die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Produktion ist nicht nur eine Vision, es ist eine absolute Notwendigkeit für die Zukunft. Falls wir sogar Fördermittel bekommen können, ist es gut. Ansonsten sollten wir es trotzdem tun. Wir gründen diesen Smart Production Park, weil es richtig und wichtig für Karlsruhe ist, nicht wegen der Fördermittel. Lob auch für das ganze Konzept. Es ist detailliert gearbeitet und berechnet und doch mit viel Platz für die notwendige Kreativität in der Entwicklung. Selbstverständlich hat man erst verschiedene Standorte untersucht. Aber es ist ganz

ohne Zweifel, dass Hoepfner der beste Standort ist. Wir müssen investieren. Hoepfner wird von diesem Projekt schon nicht arm werden. Hier kann man gerne Neid haben, wenn man Lust hat. Aber Hoepfner hat etwas, was wir brauchen, nämlich Location, Location, Location. So etwas kostet.

Sehr gerne unterstützen wir dieses Zukunftsprojekt, wo wir Visionen in der Praxis hoffentlich für viele Generationen umsetzen können. Wir sind in der TechnologieRegion Karlsruhe, wir wollen den selbstlobenden Ausdruck Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt mit einem Smart Production Park noch mehr konkreten Inhalt geben und vielleicht sogar ein bisschen mehr an das Leitprojekt Karlsruhe digital kommen.

Stadtrat Bernhard (AfD): Das Wachstums- und Festigungszentrum ist ein gutes und wichtiges Projekt für die Gründer von Unternehmen und wird von uns voll umfänglich unterstützt. Es ist hier auch schon von allen Fraktionen ausgeführt worden, dass wir alle dieses Projekt unterstützen und gut finden. Deswegen will ich jetzt gar nicht mehr großartig ins Detail eingehen, sondern mich den vorigen Ausführungen anschließen.

Auf der anderen Seite investieren wir aber auch etwa 3 Mio. Euro in Baumaßnahmen, in Umbaumaßnahmen und viele Hunderttausende Euro natürlich auch während dieser 15 bis 20 Jahre in den laufenden Unterhalt. Wir machen aus einer Versandhalle Büroräume und werten damit ein relativ niedrigwertiges Mietobjekt durch diese Umbaumaßnahmen massiv auf. Das ist relativ klar. Jetzt wird in der Vorlage gesagt, dass kein buchhalterischer Restwert besteht. Das ist wahrscheinlich auch richtig. Aber der buchhalterische Wert – das weiß jedes Kind – hat mit dem echten Wert einer Immobilie in der Regel relativ wenig zu tun. Wir machen diese Immobilie viel hochwertiger durch unsere Investitionen und dann darf natürlich nicht folgendes passieren, dass wir, wenn wir den Mietvertrag nach den 15 bis 20 Jahren fortsetzen, erheblich höhere Miete bezahlen. Denn der Marktpreis für die Miete eines Büroraums ist natürlich höher. Es darf nicht passieren, dass wir zunächst eine Menge Geld investieren, das Mietobjekt auf dem aktuellen Stand halten und dann deswegen, weil wir so viel Geld investiert haben, der Marktpreis sehr viel höher ist. Ich erwarte schon von der Stadtverwaltung - deswegen halte ich den Antrag der GRÜNEN auch für sehr richtig und wichtig -, dass sichergestellt wird, dass wir nicht aufgrund unserer eigenen Investitionen nachher einen höheren Mietpreis bezahlen müssen. So etwas muss in diesen Vertrag hineingeschrieben werden. Ich kann mir bei dem Vertragspartner auch nicht vorstellen, dass er sich dagegen sperren wird. Das ist aus unserer Sicht wichtig. Das mit dem Rückkauf halte ich eigentlich auch für richtig. Darauf würden wir aber verzichten. Auf jeden Fall muss aber in den Mietvertrag hinein, dass, wenn wir den Mietvertrag fortsetzen nach den 15 bis 20 Jahren, aufgrund unserer Investitionen am Ende kein höherer Mietpreis gezahlt werden darf. Das halten wir für wichtig. Deswegen werden wir den Antrag der GRÜNEN unterstützen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Die Gene von Karlsruhe sind Innovation. Wir können gar nicht anders. Ich muss aber eine Einschränkung machen. Wir können zwar nicht anders, aber wir dürfen nicht vergessen, dass wir auch ein Handwerk in Karlsruhe haben und dass wir dafür sorgen müssen, dass das Handwerk Nachwuchs bekommt. Wir sind Weltmeister, wir wollen in der Richtung auch weitergehen. Da bin ich voll dabei. Aber wir dürfen das andere nicht vergessen, die anderen Klientel, die wir in Karlsruhe haben, die anderen gewerblichen Einrichtungen.

Ich bin begeistert von diesem Standort. Aber wie uns dieser Standort nahegebracht wurde, davon bin ich nicht begeistert. Wie Sie vorgingen uns nahezubringen, dass das der ideale Standort ist, habe ich nicht das Gefühl gehabt, dass wirklich abgewogen wurde bei den aufgeführten Standorten. Man hat das Gefühl, es war von vornherein klar, das ist der richtige Standort. Ich bin überzeugt, dass es in der Tat der richtige Standort ist. Aber, wie gesagt, ich würde mir etwas mehr Sorgfalt bei der Abwägung und Darstellung der anderen Standorte wünsche. Oder man sagt von vornherein, das ist der richtige. Dann braucht man das andere gar nicht anschauen. So kam es mir vor, ehrlich gesagt. Das nur als Ermutigung für die Zukunft, auch die anderen Standorte genauer darzustellen, auch von der Kostenseite her, damit man es wirklich abwägen kann. Sonst kann man es, aus meiner Sicht, aus Sicht von GfK, sein lassen.

Was für den Standort spricht, ist die Gründerkultur, Menschen, die vor Ideen sprühen, die miteinander reden können, die sich begegnen, die miteinander eine Atmosphäre erzeugen, hier geht etwas voran. Das ist der große Vorteil. Das kann man nicht verachten. Deswegen spricht auch alles für diesen Platz, und dass eine Förderung stattfindet. Auch von der Erfahrung des Cyberforums ausgehend, dass es von dort vom Betrieb her gewährleistet ist, scheint mir sehr entscheidend zu sein. Denn wie so etwas betrieben wird, das wird den Erfolg ausmachen oder auch nicht.

Noch ein Wort zum Antrag der GRÜNEN. Ich glaube auch nicht, dass man einen Restwert hinein schreiben sollte. Aber das, was der Kollege Bernhard gesagt hat, empfinde ich genauso. Wenn wir nach 20 Jahren weiter dort drin bleiben und dann aufgrund unserer Investitionen in der Mietet ein Sprung stattfindet, der über dem Maße ist und wir darunter leiden, dass wir investiert haben, dann wäre das nicht in Ordnung. Da bitte ich doch in die Verträge hineinzuschreiben, dass die Fortführung des Mietvertrags in einer gewissen Art und Weise gestaltet wird. Das wäre für mich schon ganz wichtig. Aber wie gesagt, vergessen wir nicht die einfachen Gewerke in dieser Stadt. Wir sind Hightech-Stadt, aber wir sind auch eine Stadt der Handwerker. Das dürfen wir nicht vergessen.

Stadtrat Wenzel (FW): Die Vorlage trage ich mit. Ich hätte nur den Wunsch, dass Sie in diesem Fall eine etwas leichtere Sprache benutzt hätten. Es ist teilweise nur mit Dolmetscher möglich gewesen. Ich halte auch den Standort für gut, halte aber auch den Antrag der GRÜNEN für richtig. Denn wenn wir für Wertsteigerung verantwortlich sind, sollten wir auch davon profitieren. Jedes Wirtschaftsunternehmen würde das machen. Deshalb trage ich den Antrag der GRÜNEN auch mit.

Der Vorsitzende: Zunächst zum Thema Handwerk: Nicht umsonst ist eines der Leitprojekte im Korridorthema Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt das Handwerk mit seiner Handwerksstrategie. Wir haben Lernfabrik 4.0 an zwei Berufsschulen eingerichtet als einer von 16 Standorten in Baden-Württemberg. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Standort von großen Berufsschulzentren, die uns viel Geld kosten, die aber gerade auch für das Handwerk eine unabdingbare Voraussetzung sind. Insofern ist auch das Element bei uns ganz gut aufgehoben.

Mir ist noch einmal wichtig, auch weil der Begriff „bereichern“ gefallen ist, es gibt zwei Modelle. Ich kann den Investor bitten, alles dort einzubauen. Dann macht er mir eine Miete, die wahrscheinlich bei 12 Euro beginnt und nach 20 Jahren bei 25 Euro endet oder noch schlimmer. Oder ich kann sagen, ich miete das zum Preis einer Versandhalle und

baue die Sachen selber ein. Dann zahle ich aber auch eine Versandhalle die nächsten 20 Jahre. Das ist das Modell, was Sie hier vorliegen haben. Wir bauen uns dort die Infrastruktur ein, die wir brauchen. Aber wir mieten es 20 Jahre lang zum Preis eigentlich nicht funktionsfähiger Räume an. Nun wäre mir natürlich auch daran gelegen, dass wir sagen, das soll jetzt noch 50 Jahre so weitergehen. Ich bin sicher, dass all die Dinge auch angesprochen wurden. Jetzt hat man sich auf 15 plus 5 Jahre geeinigt, was von der Abschreibung von solchen Investitionen über 20 Jahre auch passt. Jetzt weiß ich nicht, was in 20 Jahren ist. Ich weiß aber, dass ich nach 20 Jahren, wenn wir dort drin bleiben wollen, neu verhandeln muss. Dann muss ich wieder über das Modell entscheiden. Sage ich, okay, der Vermieter soll die Infrastruktur immer auf dem modernsten Stand halten, dann wird er entsprechend höhere Mieten verlangen, oder soll das so weitergehen. Aber nachdem es jetzt möglich war, für 15 plus 5 Jahre eine Vereinbarung zu schließen, glaube ich nicht, dass wir jetzt plötzlich beschließen können, wie es nach 20 Jahren weitergehen soll. Das halte ich für ein hohes Risiko. Das passt auch nicht dazu, dass man hier endverhandelt hat. Jetzt gibt es ein Ergebnis. Das muss man akzeptieren oder nicht.

Der Antrag der GRÜNEN hat mir noch einmal eine Anregung gegeben. Was passiert, wenn wir im Laufe der 20 oder der 15 Jahre noch einmal neu investieren müssen? Wie gehen wir denn damit um. Denn dann gilt das mit den 20 Jahren nicht mehr. In der Vorlage und auch in den entsprechenden Verträgen bezieht sich diese Thematik, dass das nach 20 Jahren kostenfrei übergeht in den Besitz des Vermieters, darauf, dass das für die einmalige Investition jetzt am Anfang gilt, d. h., wenn wir nach 15 Jahren merken, die Technik ist so veraltet, wir müssen sie völlig neu machen, dann müssen wir über diese neue Investition mit dem Vermieter noch einmal neu verhandeln, was das bedeutet. Von daher stellen Sie jetzt natürlich für die normalen Instandhaltungsgeschichten schon ein Stück weit einen Freibrief über die 20 Jahre aus. Das ist unser Problem. Aber für eine Neuinvestition, die noch einmal eine ganz neue Qualität bietet im Laufe der 20 Jahre, würde dann eine neue Verhandlung nötig sein. Das ist mir ganz wichtig. Denn es kann sein, dass wir nach 10 Jahren merken, wir müssen alles noch einmal komplett anders machen.

Das vielleicht noch einmal als Differenzierung zwischen dem, was wir jetzt einmalig machen und wo wir sagen, es ist unser Job. Dafür bleibt aber die Miete entsprechend niedrig. Nach 20 Jahren ist es dann soweit fertig, dass wir es normalerweise ausbauen müssten. Vielleicht hat der Vermieter etwas ganz anderes vor. Der Vermieter kann es aber vielleicht auch nutzen, um anschließend teurer weiterzuvermieten. Das Risiko ist da. Das will ich gar nicht verhehlen. Aber das ist die Einschätzung, was kann ich heute schon für in 20 Jahren festlegen. Auf der anderen Seite ist es aber auch so, dass wir, wenn wir im Laufe der 20 Jahre noch einmal neu investieren müssten im investiven Sinne, nicht jetzt im Sinne, dass die Farbe frisch ist usw., dann noch einmal neu verhandeln müssen. Ich glaube, es ist für uns im Moment einfacher zu sagen, wir investieren jetzt einmal in die Innenausstattung und mieten lieber mit einer geringeren jährlichen Belastung dann über 20 Jahre an, als der umgekehrte Weg. Aber selbst, wenn ich es umgekehrt wollte, ist es jetzt anders vereinbart. Ich kann Ihnen in der Gesamtabwägung nur zur Annahme raten.

Wir gehen damit in die Antragsbearbeitung bzw. Abstimmung ein. Ich stelle zunächst den Änderungsantrag der GRÜNEN zur Abstimmung. – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit steht die Beschlussvorlage unverändert zur Abstimmung. – Das ist eine fast einstimmige Unterstützung. Das ist auch für alle, die an der Erstellung der Vorlage und an der

Entwicklung des Projekts beteiligt waren, noch einmal eine schöne Bestätigung für eine Vorlage, wo ich nicht nur einen Dolmetscher brauche sondern auch einen Erklärbar. Denn selbst wenn ich das direkt ins Deutsche übertrage, habe ich es immer noch nicht eindeutig verstanden.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
10. April 2018